



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen  
22.07.2009  
Az.: 1-002-13/vm

Alzey, den

## **N i e d e r s c h r i f t**

Nr. der Sitzung: **27**

Wahlperiode: **2004 - 2009**

Gremium: **Kreistag**

**Öffentlich**

Sitzungsdatum: **19.05.2009**

Uhrzeit: **15.05 - 18.10 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

**Anwesenheitsliste**

<b>Vorsitzender</b>			
Landrat Görisch			
<b>Kreisbeigeordnete</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Seebald, Gerhard, Wörrstadt		X	
Klippel, Walter, Saulheim	1-8		
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-8		
<b>Mitglieder des Kreistages</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
<b>SPD-Fraktion</b>			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	1-7 (17.50 Uhr)		
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim	1-8		
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-8		
Corell, Christel, Gundersheim	1-8		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-8		
Espenschied, Philipp, Siefersheim	1-7 (17.30 Uhr/ v. A.)		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen		X	
Kiefer, Gerhard, Eich	1-8		
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-7 (17.30 Uhr/v. A.)		
Merker, Helga, Gau-Odernheim	1-8		
Müller, Bernd, Osthofen		X	
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein		X	
Pühler, Karl-Heinz, Schornsheim	1-8		
Seebald, Gerhard, Wörrstadt		X	
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey		X	
Steinmann, Werner, Alzey	1-5 a) (15.50 Uhr/v. A.)		
Willius, Klaus, Eich	1-8		
<b>CDU-Fraktion</b>			
Blüm, Gerhard, Gundheim	1-8		
Conrad, Markus, Armsheim	1-8		
Herok, Mirja, Flörsheim-Dalsheim		X	
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	5-8 (ab 15.55 Uhr)		
Jung, Hansjörg, Gau-Bickelheim		X	
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-8		
Köhm, Reinhold, Lonsheim		X	
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1-8		
Müller, Lucia, Wöllstein	3-7 (15.15 Uhr – 17.50 Uhr)		
Pitsch, Anni, Alzey		X	
Rohschürmann, Heinz, Alzey	1-7 (17.30 Uhr/ v. A.)		
Schnabel, Alfons, Wöllstein	1-7 (17.50 Uhr/ v. A.)		
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.		X	
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-8		
Wagner, Walter, Westhofen	1-8		
Wolf, Peter-Franz, Sulzheim	1-8		

<b>Fortsetzung Mitglieder des Kreistages</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
<b>FDP-Fraktion</b>			
Eibach, Irmgard, Armsheim	1-8		
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim	1-8		
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-8		
<b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>			
Becker, Klaus, Bornheim	1-8		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-8		
Neumann, Detlev, Alzey	1-8		
Wildner, Jürgen, Eich	1-8		
<b>FWG-Fraktion</b>			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-8		
Clar, Georg-Heinz, Alzey	1-8		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-8		
Mehring, Klaus, Osthofen	1-8		
Orb, Fritz, Westhofen	1-7 (17.50 Uhr)		
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-8		

<b>Kreisverwaltung</b> KVDin Emrich Vet. Dir. Dr. Sell OAR Kauff OAR Loos OAR Straus ARin Bieser ARin Menzel AR Jacobs AR Rauschkolb KA Stefan Maurer VA Stier
---

<b>Gäste</b>
--------------

<b>Schriftführerin</b> KHS Marx
------------------------------------

v. A. = vor Abstimmung

**Landrat Görisch** eröffnete die Sitzung um 15.05 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 07.05.2009, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 12.05.2009 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Die Beschlussvorlagen zu den TOP 3.2, 5a) und b) sowie 6 wurden mit Schreiben vom 14.05.09 nachgereicht. Die Vorlage zu TOP 5 b) wurde zudem am 15.05.09 neu gefasst und den Fraktionsvorsitzenden am gleichen Tag per E-Mail zugeschickt.

Sodann machte der Landrat auf die per Tischvorlage überlassene geänderte Beratungs-/ Beschlussvorlage zum neuen TOP 5b und die Mitteilungsvorlage zu TOP 8 „Einführung eines neuen Tarifangebotes im Rhein-Nahe-Nahverkehrsverbund (RNN)“ aufmerksam.

Geltende

### **T a g e s o r d n u n g**

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachennummer</u>
-	Einwohnerfragestunde	
1	Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms (ARGE) Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Agentur für Arbeit Mainz - Beschlussfassung	58/2009/1
2	Aufhebung der Satzung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur im Landkreis Alzey-Worms - Beschlussfassung	53/2009/1
3	Wahl eines Beirates für Migration und Integration 1. Verabschiedung der Satzung des Landkreises Alzey-Worms über die Einrichtung und Wahl eines Beirates für Migration und Integration durch den Kreistag und dadurch bedingte Aufhebung der bisherigen Satzung über die Einrichtung eines Integrationsbeirates vom 21.06.2005  2. Festsetzung des Wahltages durch den Kreistag nach Anhörung des Integrationsbeirates gemäß § 4 der Satzung des Landkreises Alzey-Worms über die Einrichtung und die Wahl eines Beirates für Migration und Integration - Beschlussfassung	57/2009/1  80/2009
4	Beirat der Justizvollzugsanstalt Rohrbach, Wöllstein - Benennung von Mitgliedern	66/2009

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
5	Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Landkreis Alzey-Worms Neuerrichtungen von Realschulen plus a) Standort Gau Odernheim b) Standort Wörrstadt - Beschlussfassung	67/2009
6	Gesundheitliche Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	78/2009
7	Müllbeseitigung, Ausschreibung des Hauptentsorgungsvertrages - Antrag der CDU-Fraktion	79/2009
8	Mitteilungen und Anfragen	

### **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**Tagesordnungspunkt: 1**

**Drucksachennummer: 58/2009/1**

Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms (ARGE)  
Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Agentur für Arbeit Mainz  
- Beschlussfassung

#### **Vorlagentext:**

Der vorgenannte Vertrag vom 18.04.2005, in der Fassung des 1. Änderungsvertrages vom 26.06.2006, regelt die Zusammenarbeit der beiden Leistungsträger nach dem SGB II zur Gewährung der Hilfen zur Eingliederung in das Arbeitsleben, der Hilfen zum Lebensunterhalt, der Kosten für die Unterkunft, sowie weiterer Hilfen aus einer Hand in Form einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) nach § 44 b SGB II. Seit Bildung der ARGE Alzey-Worms hat sich die Zusammenarbeit von Agentur für Arbeit und Landkreis innerhalb dieser Organisationsform stets verbessert. Heutige Vergleiche mit gleichartigen Einrichtungen zeigen in allen Leistungsbereichen gute Ergebnisse. Der Vertrag über die Einrichtung der ARGE (Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms) ist bis zum 31.12.2009 befristet. Beide Parteien können ihn einvernehmlich verlängern.

Bekanntlich hat das Bundesverfassungsgericht die ARGEN als Mischverwaltung von Bundes- und Kommunalbehörden als nicht verfassungskonform angesehen und dem Gesetzgeber aufgegeben bis spätestens 31.12.2010 eine verfassungsgemäße Lösung herbeizuführen. Die diesbezüglichen Bemühungen der Regierungskoalition, noch vor der Bundestagswahl eine Regelung zu finden, sind leider gescheitert. Es wird daher erst im Jahre 2010 eine verfassungskonforme Neuregelung geben können. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat aus den vorgenannten Gründen eine Verlängerung der im Jahr 2009 auslaufenden ARGE-Verträge bis zum Ende des Jahres 2010 gefordert.

Dem hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales inzwischen zugestimmt. Auch die Agentur für Arbeit in Mainz steht einer Vertragsverlängerung positiv gegenüber und sieht darin - wie auch der Landkreis - die einzige Möglichkeit der weiteren gemeinsamen Umsetzung der Aufgaben nach dem SGB II und der Hilfestellung aus einer Hand bis zum Auslaufen der ARGEN Ende 2010. Der Kreisausschuss hat eine Empfehlung zur Vertragsverlängerung einstimmig ausgesprochen.

**Landrat Görisch** bedauerte, dass auf Bundesebene keine Regelung für die dauerhafte Sicherung der Einrichtung „Arbeitsgemeinschaft“ erzielt werden konnte. Er sei der Auffassung, dass die gemeinsame Aufgabenerledigung durch die Agentur für Arbeit und den Landkreis Alzey-Worms für die betroffenen Personen die beste Lösung sei, insbesondere im Hinblick auf die steigende Arbeitslosigkeit. Sein Bestreben sei auch weiterhin, die gemeinsame Aufgabenerledigung mit der Agentur zu erhalten.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** stimmte den Ausführungen von Landrat Görisch zu und bemängelte ebenfalls, dass der „Mischverwaltung“ von Kommunen und Bundesagentur nicht stattgegeben worden sei. Daher bleibe zur Zeit nur die Möglichkeit, den derzeitigen Vertrag mit der Agentur für Arbeit um ein Jahr zu verlängern.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, die Laufzeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Agentur für Arbeit Mainz und dem Landkreis Alzey-Worms über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) nach dem SGB II „Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms“, um 1 Jahr, bis zum 31.12.2010, zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt:** 2

**Drucksachennummer:** 53/2009/1

Aufhebung der Satzung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur im Landkreis Alzey-Worms  
- Beschlussfassung

**Vorlagetext:**

Der Beschluss des Kreistages des Landkreises Alzey-Worms vom 30.09.2008 zur Auflösung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur im Landkreis Alzey-Worms wurde mit Schreiben der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier vom 18.02.2009, eingegangen am 27.02.2009, anerkannt.

Die Stiftung ist somit mit Wirkung vom 28.02.2009 aufgelöst. Die Satzung der Stiftung ist somit formal noch aufzuheben. Der Text der Satzung zur Aufhebung der genannten Satzung ist beigelegt. Der Kreistag wird gebeten, die Satzung zu beschließen. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 28.04.2009 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

**Landrat Görisch** führte ergänzend aus, dass der Kreis die Geschäfte der Kreismusikschule und der Kreisvolkshochschule im bisherigen Umfang übernehme. Er betonte, dass es sich ausschließlich um eine formelle Organisationsänderung handle. Ziel sei, die bisherigen Aufgaben und das Engagement der Musik- und Volkshochschule festzuschreiben und auch für die Zukunft zu gewährleisten.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur im Landkreis Alzey-Worms.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

*Anlage 1 der Originalniederschrift:*

*Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur im Landkreis Alzey-Worms*

<b>Tagesordnungspunkt: 3</b>	<b>Drucksachenummer: 57/2009/1</b>
------------------------------	------------------------------------

Wahl eines Beirates für Migration und Integration

1. Verabschiedung der Satzung des Landkreises Alzey-Worms über die Einrichtung und Wahl eines Beirates für Migration und Integration durch den Kreistag und dadurch bedingte Aufhebung der bisherigen Satzung über die Einrichtung eines Integrationsbeirates vom 21.06.2005

- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Im Landkreis Alzey-Worms galt bisher die Satzung über die Einrichtung eines Ausländerbeirates vom 09.09.1994, zuletzt geändert durch Satzung vom 13.09.1999. In dieser Änderungssatzung war die Wahlordnung zum Ausländerbeirat von 1994 aufgehoben worden. Stattdessen wurden Bestimmungen über die Wahl des Ausländerbeirates unmittelbar in die Satzung über die Einrichtung eines Ausländerbeirates eingebunden. Im Jahr 2004 fand eine Wahl statt, bei der die geforderte Wahlbeteiligung von 10 v. H. nicht erreicht wurde. Der Landkreis erließ als Folge die Satzung über die Einrichtung eines Integrationsbeirates vom 21.06.2005.

Durch das Landesgesetz über die Einrichtung von kommunalen Beiräten für Migration und Integration vom 26.11.2008 wurde der bisherige § 49a LKO – Ausländerbeirat – komplett neu gefasst. So ändert sich u. a. auch der bisherige Begriff „Ausländerbeirat“ und wird durch die Bezeichnung „Beirat für Migration und Integration“ ersetzt, die Wählbarkeit wird noch mehr erweitert (im Grundsatz können nun alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises gewählt werden, also auch Personen, die nicht zum Kreis der Wahlberechtigten gehören) und das bisherige Quorum von 10 v. H. der wahlberechtigten, ausländischen Einwohner fällt gänzlich weg.

Aufgrund der vorgenannten, grundlegenden Änderungen in der LKO wurde in Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände mit der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration, Vertretern des Ministeriums des Innern und für Sport und der Beauftragten für Migration und Integration des Landes, ein Satzungsmuster für die Errichtung und die Durchführung der Wahlen eines Beirates für Migration und Integration erarbeitet, wobei allerdings zwei Versionen entwickelt wurden, welche wir Ihnen in Kopie hiermit auch zur Kenntnis geben wollen.

Nach eingehender Prüfung sind wir der Auffassung, dass die in der Variante 1 vorgesehene Festlegung auf eine Mehrheitswahl das Verfahren im Hinblick auf die Vorgaben zur Einreichung von Wahlvorschlägen wesentlich vereinfacht. Dieses Satzungsmuster, welches wir ebenso mit vorlegen, wird folglich den Beschlussgremien zur Annahme empfohlen. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 28.04.2009 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

**Landrat Görisch** wies ergänzend darauf hin, dass alle ausländischen Einwohner, damit auch Asylbewerber, wahlberechtigt seien.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Annahme der beigefügten Satzung des Landkreises Alzey-Worms über die Einrichtung und die Wahl eines Beirates für Migration und Integration und die Aufhebung der Satzung des Landkreises über die Einrichtung eines Integrationsbeirates vom 21.06.2005.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

*Anlage 2 der Originalniederschrift:*

*Satzungsmuster*

**Tagesordnungspunkt: 3**

**Drucksachenummer: 80/2009**

Wahl eines Beirates für Migration und Integration

3.2 Festsetzung des Wahltages durch den Kreistag nach Anhörung des Integrationsbeirates gemäß § 4 der Satzung des Landkreises Alzey-Worms über die Einrichtung und die Wahl eines Beirates für Migration und Integration

- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Nach § 4 der vom Kreistag verabschiedeten Satzung des Landkreises Alzey-Worms über die Einrichtung und die Wahl eines Beirates für Migration und Integration bestimmt der Kreistag nach Anhörung des Beirates auch den Wahltag. Wie über die Landesbeauftragte für Migration und Integration in Erfahrung gebracht wurde, haben alle maßgebenden Gremien einen gemeinsamen Termin für die Durchführung der Wahlen zu den Beiräten für Migration und Integration zugestimmt. Die Wahl soll danach am Sonntag, dem 08. November 2009, erfolgen, an dem somit landesweit gewählt werden dürfte.

**Beschluss:**

Der Kreistag bestimmt als Wahltag für die vorbezeichnete Wahl Sonntag, den 08. November 2009.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt: 4**

**Drucksachenummer: 66/2009**

Beirat der Justizvollzugsanstalt Rohrbach, Wöllstein

- Benennung von Mitgliedern

**Vorlagentext:**

Wie der Leiter der Justizvollzugsanstalt Rohrbach in Wöllstein (JVA) mit Schreiben vom 15.04.2009 mitteilt, endet die Amtsperiode des zweiten bei der JVA Rohrbach im Jahre 2006 gebildeten Beirats im Mai 2009. Nach der Verwaltungsvorschrift „Anstaltsbeiräte bei den Justizvollzugs- und Jugendstrafanstalten (VV Beirat)“ des Ministeriums der Justiz vom 11.05.1999 - siehe Anlage 3- bittet die Anstaltsleitung den Kreistag, geeignete Persönlichkeiten für den Beirat zu benennen. Die Vorschläge des Kreistages und darüber hinausgehende eigene Vorschläge legt die Anstaltsleitung dem Ministerium, welches die Mitglieder des Beirats ernennt, vor. Der Beirat besteht aus mindestens 3 und höchstens 7 Mitgliedern, mindestens ein Mitglied des Beirats soll eine Frau sein.



Dem Beirat gehörten bisher an:

- Herr Bernd Antweiler, Wöllstein
- Herr Friedrich Janz, Gau-Bickelheim
- Herr Hansjörg Jung, Gau-Bickelheim (stellv. Vorsitzender)
- Herr Franz-Josef Lenges, Eckelsheim (Vorsitzender des Beirats)
- Herr Dieter Martin, Nieder-Olm
- Frau Anja Reinert-Henn, Wöllstein.

Der Landkreis hatte von diesen Mitgliedern im Jahre 2003 Herrn Hansjörg Jung und Herrn Friedrich Janz benannt und im Jahre 2006 in Übereinstimmung mit dem Leiter der JVA der Bestellung aller Genannten zugestimmt. Die Zusammenarbeit mit dem Beirat in den vergangenen drei Jahren wird vom Leiter der JVA als äußerst erfolgreich bewertet. Von den seitherigen Mitgliedern möchte Herr Dieter Martin (Nieder-Olm) aus Altersgründen ausscheiden. Vom Vorsitzenden des Beirates, Herrn Lenges, wird als Ersatz Herr Gerd Rocker, Wendelsheim, vorgeschlagen.

Der Leiter der JVA führt aus, dass man Herrn Rocker durch die vielfältigen Berührungspunkte zwischen der Verbandsgemeinde Wöllstein und der JVA als hilfsbereiten und engagierten Mitarbeiter seiner Verwaltung kennen gelernt habe, der auch in der Zusammenarbeit die Belange der JVA wahrgenommen und gefördert habe. Von daher bestünden seitens der JVA keine Einwände, sich dem Votum von Herrn Lenges anzuschließen. Der Kreistag kann sich dem Vorschlag des Leiters der JVA und des Vorsitzenden des Beirats anschließen und die Genannten als Mitglieder für den Beirat der JVA benennen. Dies wurde – wie bereits ausgeführt – im Jahre 2006 so gehandhabt. Der Kreistag kann allerdings auch andere Personen wählen und diese dem Ministerium vorschlagen.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** schlug anstelle von Herrn Rocker Herrn Philipp Schön, Wonsheim, vor. **Kreistagsmitglied Kolb-Noack** schlug Herrn Klaus Becker, Bornheim, als Mitglied im Beirat der JVA Rohrbach vor.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** sprach sich aus den in der Vorlage genannten Gründen für die Wahl von Herrn Rocker aus.

Auf Vorschlag von **Landrat Görisch** fasste der Kreistag daraufhin folgenden

**Beschluss:**

1. Der Kreistag beschließt gem. § 33 Abs. 5 LKO, über die nachfolgende Wahl offen abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

2. Der Kreistag schlägt als Mitglieder im Beirat der Justizvollzugsanstalt Rohrbach vor:

- Herrn Bernd Antweiler, Wöllstein
- Herrn Klaus Becker, Bornheim
- Herrn Friedrich Janz, Gau-Bickelheim
- Herrn Hansjörg Jung, Gau-Bickelheim
- Herrn Franz-Josef Lenges, Eckelsheim
- Frau Anja Reinert-Henn, Wöllstein
- Herrn Gerd Rocker, Wendelsheim
- Herrn Philipp Schön, Wonsheim

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

*Anlage 3 der Originalniederschrift:*

*„Anstaltsbeiräte bei den Justizvollzugs- und Jugendstrafanstalten (VV Beirat)“*

Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Landkreis Alzey-Worms  
Neuerrichtungen von Realschulen plus  
a) Standort Gau-Odernheim  
- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Der Kreistag hat sich in seiner letzten Sitzung am 24.03.2009 mit den geplanten Neueinrichtungen von Realschulen plus beschäftigt und u. a. beschlossen, dass für die Realschule Gau-Odernheim der Antrag auf Einrichtung einer Realschule plus in kooperativer Form zum Schuljahresbeginn 2010/11 gestellt werden soll.

Zwischenzeitlich hat die Verbandsgemeinde Alzey-Land erklärt, dass sie für den Schulstandort Flonheim erneut einen Antrag auf Einrichtung einer Realschule plus zum Schuljahr 2010/11 stellen möchte. Der erste Antrag auf Errichtung einer Realschule plus in Flonheim zum 01.08.2009 wurde mit Bescheid vom Januar 2009 von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion aufgrund der zukünftigen Entwicklung der Schülerzahlen abgelehnt. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass die Schulaufsicht in einem gemeinsamen Gespräch mit der Kreisverwaltung, der Verbandsgemeindeverwaltung und der Schulleitung die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten am Schulstandort Flonheim erörtern möchte.

Diese Besprechung mit Herrn Verbandsbürgermeister Unger, dem Schulleiter der Hauptschule Flonheim, Herrn Schneider, sowie den Herren Beckmann und Foos von der Schulaufsichtsbehörde fand am 24.04.2009 in der Kreisverwaltung statt. Hierbei wurde von Seiten der Schulaufsichtsbehörde deutlich gemacht, dass die Chancen für die Einrichtung einer selbstständigen Realschule plus in Flonheim aufgrund der aktuellen Geburtenzahlen und der zu erwartenden Schülerentwicklung als sehr gering eingestuft werden.

Darüber hinaus musste bei den Anmeldungen für das Schuljahr 2009/10 festgestellt werden, dass die SchülerInnen aus dem Bereich Flonheim sich immer stärker Richtung Gau-Odernheim orientieren, mit der Folge, dass dort die Anmeldezahlen stark angestiegen sind. Die Realschule, gebaut für 3 Züge, wird im Schuljahr 2009/10 erstmals 4 Eingangsklassen bilden. Sollte diese Tendenz anhalten, müsste die Schule in Gau-Odernheim baulich erweitert werden bzw. andere Steuerungselemente zur Anwendung kommen. Eine Alternative wäre die Errichtung einer Realschule plus in Gau-Odernheim mit disloziertem Standort Flonheim. In Flonheim könnten die Jahrgangsstufen 5 und 6 (Orientierungsstufe) und am Standort Gau-Odernheim die Jahrgangsstufen 7 bis 10 beschult werden.

Der Erhalt des Schulstandortes Flonheim ist ein dringendes Anliegen des Landkreises. Mit einer Kooperation Gau-Odernheim/Flonheim könnte an der Realschule Gau-Odernheim eine räumliche Entlastung herbeigeführt werden, so dass ausreichend Unterrichtsräume für 4 Züge zur Verfügung stünden. Darüber hinaus würde es möglich werden, ohne bauliche Erweiterungen ein Ganztagsangebot einzurichten. Der Landkreis hat in den Jahren 2002 bis 2004 den Umbau und die Erweiterung der Hauptschule Flonheim mit knapp 750.000 € gefördert. Verbandsbürgermeister Unger steht diesem Vorschlag positiv gegenüber und sieht so die Möglichkeit, den Schulstandort Flonheim zu erhalten. Der Verbandsgemeinderat wird sich am 18. 05.2009 mit diesem Thema beschäftigen.

Letztendlich liegt die Entscheidung, ob die Realschule Gau-Odernheim mit disloziertem Standort Flonheim genehmigungsfähig ist, bei dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur. Im Maßnahmenkatalog der Schulentwicklungsplanung sollte die Kooperation mit der Verbandsgemeinde Alzey-Land und somit der Erhalt des Schulstandortes Flonheim dokumentiert werden. Es wird daher empfohlen, einen gemeinsamen Antrag mit der Verbandsgemeinde Alzey-Land auf Einrichtung einer Realschule plus in kooperativer Form an dem Standort Gau-Odernheim/Flonheim zu stellen.

**Landrat Görisch** wies ergänzend darauf hin, dass der ÖPNV zwischen Gau-Odernheim und Flonheim für eine Schülerbeförderung ausgerichtet sei. Gleichwohl ein dislozierter Standort immer mit Mehraufwand verbunden sei, halte er einen Kompromiss, der beide Standorte entsprechend berücksichtige, für vertretbar. Sodann verlas er die Stellungnahme des Personalrates der Realschule Gau-Odernheim und informierte, dass in einem gemeinsamen Gespräch, das bereits Tage zuvor vereinbart gewesen sei, mit der Schule die Situation erörtert wurde. Aufgrund des hohen öffentlichen Interesses sei zwischenzeitlich eine Pressemitteilung erfolgt. Er betonte, dass der Kreis nur antragsberechtigt sei und eine Umsetzung gemeinsam mit der ADD erfolgen würde.

Sodann wies er auf den am 18.05.d. J. einstimmig gefassten Beschluss des Verbandsgemeinderates Alzey-Land hin, der wie folgt lautet: „Der Verbandsgemeinderat beschließt, die Errichtung einer Realschule plus in integrativer Form in Flonheim zu beantragen. Sollte dieser Antrag seitens des Landes keine Zustimmung erfahren, unterstützt der Verbandsgemeinderat das Anliegen des Kreises, die Realschule plus Gau-Odernheim auch auf den Standort Flonheim zu erstrecken. Um für die Kinder aus dem Bereich Flonheim dem Schulstandort wenigstens zum Teil zu erhalten, stellt der VG-Rat gerne dem Landkreis die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung.“ Er erinnerte an die jeweiligen Beschlüsse des Kreistages vom 16.12.08 und 24.03.09. Da er nicht mit der Einrichtung einer Realschule plus in Flonheim rechne, halte er die Ergänzung des am 24.03. d. J. gefassten Beschlusses für zwingend. Bis zum 31.05. d. J. müssten die entsprechenden Anträge vorliegen, damit im Sommer 2009 die Optionen für die neuen Schulstandorte erteilt werden könnten.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** erinnerte an den Beschluss des Kreistages am 16.12.2008, wonach der Antrag für eine Realschule plus in Flonheim unterstützt werden sollte. Gleichwohl dieser Antrag für das Jahr 2009/10 abgelehnt worden sei, sei eine erneute Antragstellung und eine eventuelle Genehmigung für das Schuljahr 2010/11 eingeräumt worden. Seine Fraktion unterstütze weiterhin die Einrichtung einer Realschule plus in Flonheim. Die Einrichtung von Realschulen Plus in Flonheim und Gau-Odernheim sei nach Aussage aller Beteiligten ohne zusätzlichen Kostenaufwand an den derzeitigen Standorten möglich. Sollten die Schülerzahlen wider Erwarten in einigen Jahren nicht mehr ausreichen, könne eine Zusammenlegung der beiden Schulen in Erwägung gezogen werden. Deshalb beantrage er, dass der Kreis weiterhin nur den Antrag der VG Alzey-Land zur Einrichtung einer Realschule plus in Flonheim unterstütze.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** führte aus, dass die seitens der VG Alzey-Land gefassten Beschlüsse für seine Fraktion maßgebend seien. Er gab jedoch zu Bedenken, dass bei Nichterreichen der notwendigen Schülerzahlen der Antrag wenig Aussicht auf Erfolg habe. Daher sei seitens der VG Alzey-Land ein entsprechender Ergänzungsantrag gestellt worden. Gleichwohl ein dislozierter Standort eine zusätzliche Belastung für Eltern, Schüler und Lehrer bedeute, könne der Kreis aufgrund seiner finanziellen Lage nicht alle Schulstandorte erweitern. Ein ähnliches Verfahren in Flomborn und Flörsheim-Dalsheim funktioniere nach seinem Wissen ausgezeichnet. Da z. B. Schüler aus der VG Eich für den Besuch weiterführender Schulen auch 20 km bis nach Worms fahren müssten, stelle die 2. Alternative des Antrages kein außergewöhnliches Unterfangen dar.

**Kreistagsmitglied Beiser-Hübner** betonte, dass der Ortsgemeinderat Flonheim eine Resolution für den Erhalt des Schulstandortes Flonheim verabschiedet habe. Sollte die Einrichtung der Realschule plus nicht realisiert werden, sei die angedachte Kooperation die bestmögliche Alternative. Die Schule werde mit dem neuen pädagogischen Konzept und der neuen Führung hervorragend angenommen. Die Kooperation mit Gau-Odernheim werde sowohl von der Schulleitung als auch seitens des Schulleitersprechers, sofern der erste Beschluss nicht zum Tragen komme, unterstützt. Möglicherweise würden sich bei einer Kooperation neue Chancen für beide Schulen eröffnen.

**Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** sprach sich ebenfalls für den Erhalt des Schulstandortes Flonheim aus. Allerdings müssten die berechtigten Belange von Flonheim und Gau-Odernheim grundlegender gewürdigt werden. So zeige sich das bisher erworbene gute Ansehen der Realschule Gau-Odernheim beispielsweise darin, dass Anmeldungen weit über den Einzugsbereich eingegangen seien. Mit einer Dependancelösung Flonheim werde dieser Aspekt konterkariert, so dass eventuell auch Gau-Odernheim zu einem Problemfall werden könnte.

Er vertrat die Auffassung, dass die Dependancelösung mit den Alzeyer Gymnasien eine bessere und längerfristig angelegte Lösung darstelle, da die Schülerzahlen dort konstant hoch blieben. Der zu erwartende Schülerrückgang in Gau-Odernheim würde in absehbarer Zeit zu einer erneuten Vakanz in Flonheim führen. Auch würden nach seiner Auffassung bei Einbeziehung der Gymnasien geringere Aufwendungen anfallen. Möglicherweise entstünde auch in Wörrstadt ein Bedarf, der eine Dependancelösung mit Flonheim nahe legen könnte.

Abschließend appellierte er an die Kreistagsmitglieder, den Beschlussvorschlag nochmals zu überdenken, ehe man Fakten schaffe, an denen nichts mehr geändert werden könne. Die Entscheidung sollte nicht einseitig auf Gau-Odernheim beschränkt, sondern eine offene Entscheidung getroffen werden. Daher werde seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

**Fraktionsvorsitzender Busch (FWG)** führte aus, dass er derzeit keinen Handlungsbedarf für einen Antrag auf einen dislozierten Standort in Flonheim sehe und schlug vor, die weitere Entwicklung abzuwarten, ehe eine Entscheidung getroffen werde.

**Fraktionsvorsitzender Becker (Bündnis 90/Die Grünen)** bemängelte, dass die Schulgremien vorab nicht konsultiert worden seien. Er vertrat die Auffassung, dass eine pädagogisch optimale und wirtschaftlich sinnvolle Lösung kaum möglich sei. Aus finanziellen Gründen werde er keiner Lösung zustimmen, mit der vorhandener Schulraum leer stünde und andern Orts neuer gebaut werden müsse. Es stünde im Ermessen der Schulen, in welcher Form ein gemeinsamer Standort Gau-Odernheim/Flonheim letztendlich genutzt würde. Sollte der Antrag auf eine Realschule plus in Flonheim seitens des Landes abgelehnt werden, befürworte seine Fraktion die Erweiterung des Standortes Gau-Odernheim in Flonheim.

**Landrat Görisch** erinnerte, dass das Land letztendlich über eine Dislozierung entscheide. Der Kreis sei lediglich Sachkostenträger. Eine Kooperation zwischen Flonheim und Wörrstadt werde zu keinem besseren Ergebnis als eine Kooperation mit Gau-Odernheim führen. Er gab zu Bedenken, dass Flonheim und Gau-Odernheim einer VG angehören. Eine Auslagerung der Alzeyer Gymnasien nach Flonheim sei nur möglich gewesen, wenn sich dort ein drittes Gymnasium etabliert hätte. Eine Auslagerung zum jetzigen Zeitpunkt würde noch mehr organisatorische Probleme mit sich bringen. Da die Chancen für eine Genehmigung der Realschule plus sehr gering seien, sollte der zweite Antrag der VG Alzey-Land mit Unterstützung werden.

Nach einer weiteren Diskussion und einer Unterbrechung der Sitzung von ca. 20 Minuten, die der Beratung der Fraktionen diene, fasste der Kreistag folgenden

**Beschluss:**

1. Der Kreistag stimmt dem Antrag der VG Alzey-Land auf Einrichtung einer Realschule plus in Flonheim zu. Der Erhalt des Schulstandortes Flonheim ist ein dringendes Anliegen des Landkreises Alzey-Worms.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

2. Sollte dem Antrag der VG Alzey-Land auf Einrichtung einer Realschule plus in Flonheim nicht stattgegeben werden, beschließt der Kreistag gemeinsam mit der VG Alzey-Land einen Antrag auf Einrichtung einer Realschule plus in kooperativer Form zum Schuljahr 2010/11 in Gau-Odernheim mit disloziertem Standort Flonheim zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

20 Ja 14 Nein 1 Enthaltung

**Form der Abstimmung:**

Offen

*Anlage 4 der Originalniederschrift:*

*Stellungnahme des Personalrates der Realschule Gau-Odernheim*

**Tagesordnungspunkt: 5**

**Drucksachennummer: 67/2009**

Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Landkreis Alzey-Worms

Neuerrichtungen von Realschulen plus

b) Standort Wörrstadt

- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Der Kreistag hat sich in seiner letzten Sitzung am 24.03.2009 mit den geplanten Neueinrichtungen von Realschulen plus beschäftigt und u. a. beschlossen, an dem Schulstandort Wörrstadt die bisherige Hauptschule und die bestehende Realschule in eine Realschule plus zu überführen; die Einrichtung sollte zum Schuljahresbeginn 2010/11 beantragt werden. Da die Schulen sich noch nicht über die künftige Schulform einigen konnten, wurde ihnen Gelegenheit gegeben, sich bis zum nächsten Kreistag auf eine gemeinsame Schulform zu einigen.

Zwischenzeitlich wurden diesbezüglich unter Mitwirkung von der Schulaufsicht, Herrn Dr. Weis, und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Herrn Diehl, mehrere Gespräche mit beiden Schulleitungen und den Lehrerkollegien geführt. Trotz aller Bemühungen konnte kein Konsens herbeigeführt werden. Die Hauptschule besteht auf einer integrativen und die Realschule auf einer kooperativen Schulform. Außerdem halten beide Schulen an ihrer Auffassung fest, die seither selbstständigen Schulangebote fortzuführen. Die Benennung und die Antragstellung der Schulform obliegen dem Schulträger.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Wunsch beider Schulen zu folgen und in Wörrstadt die Errichtung von zwei selbstständigen Realschulen plus in integrativer (seither Hauptschule) und kooperativer (seither Realschule) Schulform zu beantragen.

Die Untersuchungen im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung haben ergeben, dass das künftige Schülerpotential für eine Realschule plus zumindest bis zum Schuljahr 2012/13 ausreichen wird, um an beiden Schulen jeweils 3 Züge zu unterrichten. Mittelfristig wäre damit der im Schulgesetz normierte Nachweis einer dauerhaften Dreizügigkeit bereits im Zeitpunkt der Errichtung der neuen Realschule plus erbracht. Zwar entsprechen die im Schulzentrum für die bisherige Hauptschule vorhandenen Unterrichts- und Fachräume nicht dem amtlichen Raumprogramm für eine dreizügige Realschule, nach Aussage der Schulleitung ist dieser Fehlbedarf jedoch durch organisatorische Maßnahmen zur Raumoptimierung auszugleichen. Damit wäre den Empfehlungen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur entsprechend im Landkreis ein vielfältiges Schulangebot gewährleistet.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion und führte aus, dass den Schülern die Möglichkeit gegeben werden sollte, sowohl eine integrative als auch eine kooperative Form zu wählen. Dies sei sowohl aufgrund der Schülerzahlen als auch der räumlichen Gegebenheiten möglich. Zudem könne man im Bedarfsfall die beiden Standorte zusammenlegen.

**Beschluss:**

Unter Abänderung seines Beschlusses vom 24.03.2009 beschließt der Kreistag, für den Standort Wörrstadt den Antrag auf Einrichtung von zwei selbständigen Realschulen plus zum Schuljahresbeginn 2010/11 zu stellen, wobei die bisherige Hauptschule ein integratives und die bisherige Realschule ein kooperatives Schulsystem anbieten soll.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig

**Form der Abstimmung:**  
Offen

**Tagesordnungspunkt: 6**

**Drucksachenummer: 78/2009**

Gesundheitliche Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Vorlagentext:**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 17.06.2008 die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, welche Daten im Rahmen ihrer Möglichkeiten zusammengestellt und in welcher Form diese präsentiert werden können.

Die Verwaltung kommt nach Prüfung zu dem Ergebnis, dass dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.05.2008, der mit nachfolgend wiedergegebenem Wortlaut, „Der Kreistag beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der Einschulungsuntersuchungen der vergangenen 5 Jahre sowie ergänzenden Datenmaterials einen Bericht über die gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen im Landkreis Alzey-Worms zu erarbeiten und dem Kreistag vorzulegen.

Der Bericht soll enthalten:

- Befunde, Handlungsbedarf und empfohlene Maßnahmen
- Gesundheitsstörungen unter besonderer Berücksichtigung der Sozialstruktur (soziale und kulturelle Herkunft, wirtschaftliche Lage)
- Ergebnisse der Vorsorge- und Einschulungsuntersuchungen nach Sozialstruktur
- Handlungsempfehlungen für ein Konzept zur Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit im Landkreis“,

auf eine umfangreiche Berichterstattung bzw. Ausarbeitung von vermeintlich durch die Verwaltung erhobenen bzw. hier verfügbarem Datenmaterial abzielt, nur bedingt entsprochen werden kann.

Dies liegt darin begründet, dass der Verwaltung lediglich Datenmaterial verfügbar ist, das auf Grundlage der Einschulungsuntersuchungen erhoben wird. In diesem Zusammenhang beruht ein nicht unwesentlicher Teil auf freiwilligen und z. T. unvollständigen, in jedem Fall aber nicht verifizierbaren Angaben der Eltern. Zudem beziehen sich die Untersuchungsergebnisse und das sonstige Datenmaterial im Sinne einer Momentaufnahme ausschließlich auf Kinder im Alter von 5 bis 6 Jahren. Eine vergleichbare Aussage über die gesundheitliche Lage von Jugendlichen ist daher nicht möglich. Ferner liegen keine Ergebnisse von Vorsorgeuntersuchungen vor, die in eine etwaige Auswertung einfließen könnten.

Eine Aussage zu Gesundheitsstörungen unter besonderer Berücksichtigung der Sozialstruktur ist ebenfalls nicht möglich, da hinsichtlich der Sozialstruktur keine Parameter erhoben werden. Allein die fakultativ zu beantwortende Frage nach der Schulbildung der Eltern lässt keine verlässlichen bzw. seriösen Rückschlüsse auf die Sozialstruktur der Familien zu.

Da aufgrund des vorhandenen Datenmaterials keine korrelierende Betrachtung von Untersuchungsbefunden einerseits und familiären Sozialstrukturen andererseits möglich ist, können derzeit auch keine konzeptionellen Handlungsempfehlungen zur Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit im Landkreis gegeben werden.

Demzufolge muss der o. g. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lediglich auf eine darstellende Beschreibung der im Zusammenhang mit den Einschulungsuntersuchungen erhobenen Daten begrenzt bleiben. Dieser Auftrag wird durch den vorgelegten Bericht des Gesundheitsamtes zur „Kindergesundheit im Landkreis Alzey-Worms – Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen in den Jahren 2005/2006, 2006/2007, 2007/2008 und 2008/2009 im Überblick“ erfüllt.

**Landrat Görisch** ging auf den Bericht zur Kindergesundheit ein. Er machte deutlich, dass immer mehr Kinder an Adipositas bzw. Sprachstörungen leiden würden, was einen Handlungsbedarf in den Bildungssystemen bzw. eine Verbesserung und Ausweitung des Angebotes an Sportstätten und im Sportunterricht erfordere. Auch im Hinblick auf eine gesunde Ernährung sei mehr Aufklärung notwendig. Rückschlüsse auf Gesundheit und sozialen Hintergrund seien nur bei deutlich mehr Daten, als derzeit abgefragt würden bzw. abgefragt werden dürften, möglich.

**Fraktionsvorsitzender Becker (Bündnis 90/Die Grünen)** dankte der Verwaltung für die Erstellung des Berichtes, durch den das Ausmaß eines Missstandes erfasst, Ursachen erkannt und erste Schritte zu einer bedarfsgerechten und zielgruppenorientierten Lösung erfasst werden sollten. Bei der Entwicklung von Konzepten für das öffentliche Gesundheitswesen müsse auch den Ursachen von Gesundheitsstörungen auf den Grund gegangen werden, um einer gesundheitlichen Chancengleichheit näher zu kommen. Er bemängelte, dass eine Vielzahl von Daten beim Gesundheitsamt nicht erhoben würden, mit denen andere Gesundheitsämter eine wirksame und offensive Präventionsarbeit leisten würden. Andere Daten, die laut Gesetz erhoben werden müssten, würden nicht genutzt, um vor Ort geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Er vertrat die Auffassung, dass sich der öffentliche Gesundheitsdienst nicht nur auf die Überwachungsaufgaben beschränken dürfe, sondern sich auf vielen Planungsebenen im Kreis einbringen müsse, z. B. in der Jugendhilfe und im Sozialbereich.

Er kritisierte, dass der öffentliche Gesundheitsdienst im Landkreis Alzey-Worms mehr als 12 Jahre nach seiner Kommunalisierung noch immer nicht in Bewegung gekommen sei. Seine Fraktion vermisse z. B. Gesundheits- und Krankheitskataster, regelmäßige Gesundheitsberichte, Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen und die Mitwirkung in lokalen Agendaprozessen. Zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben benötige das Gesundheitsamt eine zeitgemäße Ausstattung, taugliche Erhebungsinstrumente und den Zugriff auf übergeordnete Datenbanken. Dies sei vor allem Aufgabe der Politik, die den öffentlichen Gesundheitsdienst und seine Verpflichtungen ernster nehmen müsse als bisher.

**Vet. Dir. Dr. Sell** entgegnete, dass alle gesetzlich geforderten Daten beim Gesundheitsamt vorlägen und auch an das Land weitergeleitet würden. Ihm sei nicht bekannt, dass andere Landkreise in Rheinland-Pfalz andere Daten erheben würden. Eine Erhebung und Verarbeitung von Daten nach sozialen Schichten in der Form des Landkreises Rügen, die auf freiwilliger Basis erfolgte, halte er aus wissenschaftlicher Sicht für fragwürdig.

**Landrat Görisch** ergänzte, dass die Erhebung weiterer Daten nur in Abstimmung mit dem Land erfolgen könne. Das Gesundheitsamt des Kreises sei gut aufgestellt und führe alle notwendigen Untersuchungen an den Schulen durch. Dies gelte auch für den Bereich Psychiatrie. Entsprechend der Anfrage von Fraktionsvorsitzendem Becker werde man bei Nachbarlandkreisen Erkundungen über eventuell zusätzlich erfasste Daten einholen. Im Hinblick auf Kindeswohl und Kinderschutz sei der Kreis, der diesem Bereich vor kurzem personell verstärkt habe, Ansprechpartner für die Kitas.

Der Kreistag nahm den Bericht der Verwaltung auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.05.2008 zur Kenntnis.

*Anlage 5 der Originalniederschrift:  
Bericht „Kindergesundheit im Landkreis Alzey-Worms“*

**Tagesordnungspunkt: 7**

**Drucksachennummer: 79/2009**

Müllbeseitigung, Ausschreibung des Hauptentsorgungsvertrages  
- Antrag der CDU-Fraktion - Beschlussfassung

**Antragstenor:**

*s. Anlage 6 der Originalniederschrift*

**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** ging zunächst auf seinen Antrag ein (s. Anlage 7).

In seinen Erwiderungen machte **Landrat Görisch** deutlich, dass auch Ergebnisse aus nichtöffentlichen Sitzungen bekannt gemacht werden dürften. Er führte aus, dass die Leistungen bei der Firma MDF gemäß Vertrag bis zum 31.12.2010 eingefordert würden, da die SGD Süd die Genehmigung der Nutzung des provisorischen Umschlagplatzes auf der Deponie Framersheim für das Jahr 2010 signalisiert habe. Die Ausschreibung sei so geändert worden, dass die Leistung mit Wirkung vom 01.01.2011 beauftragt werden könne.

Der Kreis lege Wert auf ein transparentes und plausibles Ausschreibungsverfahren. Sodann erläuterte er, warum die Ausschreibung des Hauptentsorgungsvertrages teilweise aufgehoben und neu durchgeführt worden sei. Die Firma Ökon gehe davon aus, dass keine zusätzlichen Kosten entstünden. Ein eventueller Schadensersatz wäre im Übrigen nur für den Gewinn, der aus dem Auftrag entstanden wäre, zu leisten gewesen und nicht in Höhe des Auftragsvolumens. Hierfür wäre dann die Versicherung des Kreises eingetreten. Er verwies auf seine Ausführungen in der letzten Sitzung des Werksausschusses, in der interne Veränderungen, z. B. die Verbesserung des Controllings, juristische Begleitung sowie Verbesserungen im Bürgerservice und des Beschwerdemanagements zugesagt worden seien. In der nächsten Werksausschusssitzung würden hinsichtlich der Bewirtschaftung der Deponie weitere Schritte erörtert. Er resümierte, dass kein Schaden entstanden sei und der Vertrag erfüllt werde.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** wies darauf hin, dass die Ausführungen von Fraktionsvorsitzendem Dr. Tauscher teilweise überholt und die Dinge zwischenzeitlich geklärt seien.

**Kreistagsmitglied Kolb-Noack** führte aus, dass man hinsichtlich der unterschiedlichen Kommunikationspartner wie Verwaltung, Kreisgremien, Firma MDF und der Presse Transparenz in allen Verfahren brauche. Sie betonte, dass in der nächsten Wahlperiode mehr Offenheit notwendig sei.

**Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** bezeichnete das „Gezerre“ bezüglich der Abfallwirtschaft in der Öffentlichkeit als unangemessen. Entscheidend sei, dass kein Schaden entstand und die Abfallgebühren nicht angehoben werden mussten. Auch werde in absehbarer Zeit keine Gebührenerhöhung notwendig. Stattdessen könne der AWB Gewinne erzielen.



**Fraktionsvorsitzender Busch (FWG)** beklagte die öffentliche Kampagne in dieser Angelegenheit. Es sei richtig, dass Fehler gemacht worden seien, hierfür habe Herr Kreisbeigeordneter Klippel die politische Verantwortung übernommen. Mit den Entscheidungen in der letzten Sitzung des Werksausschusses sei man auf dem richtigen Weg.

Er müsse allerdings folgendes klarstellen: Am 24.04.2009 habe Herr Rohschürmann in der AZ veröffentlicht, die Firma Hinkel habe bei der Ausschreibung vor ca. 10 Jahren ein günstiges Alternativ-Angebot aufgrund der Seitenlader-Technik abgegeben. Diese Aussage sei falsch. Es sei belegt, dass die Fa. Hinkel nur die Hecklader-Technik angeboten habe. Die Seitenlader-Technik sei von der Firma Hinkel erst nach der Auftragsvergabe eingesetzt worden.

Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

*Anlage 7 der Niederschrift:*

*Ausführungen von Fraktionsvorsitzendem Dr. Tauscher*

<b>Tagesordnungspunkt: 8</b>	<b>Drucksachenummer:</b>
------------------------------	--------------------------

### **Mitteilungen und Anfragen**

1) **Landrat Görisch** verlas die Beantwortung der Anfrage „Waffenscheine und Waffen in Privatbesitz“ der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Antwort wurde den Fraktionsvorsitzenden in der Sitzung ausgehändigt.

2) Sodann verlas er folgende Mitteilung über die Einführung eines neuen Tarifangebotes im RNN: „Zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 wird der Rhein-Nahe-Nahverkehrsverbund (RNN) ein neues Tarifangebot, das unter dem Arbeitstitel „Alzey-Card“ behandelt wird, einführen. Die Alzey-Card ist eine Zusatzfahrkarte ähnlich wie die FRITZ-Karte. Die FRITZ-Karte können sich Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende kaufen, wenn sie Inhaber einer RNN-Jahreskarte-Ausbildung oder eines Maxx-Tickets des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN) sind. Die FRITZ-Karte berechtigt, von Montag bis Freitag ab 9 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen den ganzen Tag über im kompletten RNN-Gebiet einschließlich des Übergangsbereiches bis Worms alle Verkehrsmittel zu nutzen. Die Karte kostet zurzeit 8 €(ab 13.12.2009: 8,50 €) pro Monat und 55,00 €(ab 13.12.2009: 58,00 €) pro Jahr.

Die Inhalte der neuen Alzey-Card sind im Wesentlichen die gleichen wie bei der FRITZ-Karte, lediglich die Gültigkeit weicht hiervon ab. Die Karte ist bereits vor 9 Uhr gültig, jedoch nur bezogen auf das Gebiet des Landkreises Alzey-Worms. Auch hier ist eine RNN-Jahreskarte Ausbildung oder ein MAXX-Ticket des VRN die Voraussetzung zum Erwerb. Der RNN hat als Preis für die Alzey-Card 12 € monatlich bzw. 120 € in der Jahreskartenversion bei Einmalzahlung festgelegt. Die Preise werden sich bei der Tarifierfassung im Dezember 2009 nicht erhöhen. Das Angebot wird zunächst probeweise für zwei Jahre eingeführt. Für den Landkreis Alzey-Worms entstehen keine Kosten. Die Einführung des Tarifangebotes ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Kreisverwaltung und den beiden Verkehrsverbänden im Hinblick auf den Beschluss des Kreisausschusses vom 17.06.2008.

Die kreisweite Einführung des Maxx-Tickets wäre mit sehr hohen Kosten verbunden gewesen. Mit der Alzey-Card wird das gleiche Ziel erreicht, insbesondere die Schülerbeförderung von einem zweiten Wohnort des/der Fahrschülers/-in – insbesondere bei Patchwork-Familien - zu gewährleisten. Zudem bedarf dies keiner Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung.“

Er dankte Kreisbeigeordnetem Erbes und den Verkehrsverbänden und –unternehmen für die Realisierung.

3) Er informierte, dass eine Presseerklärung hinsichtlich des Klimaschutzkonzeptes im Rahmen der Klimaschutzinitiative erfolgen werde. Der Kreis habe gemeinsam mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Bad Kreuznach die EDG mit der Erarbeitung eines solchen Konzeptes beauftragt. Über weitere Details werde er zu gegebener Zeit berichten.

4) Hinsichtlich der Streiks bei den Kindertagesstätten führte er aus, dass seitens der Arbeitgeber auf die Einhaltung der Tarifverträge zu achten sei. Sollten die Forderungen der Gewerkschaften umgesetzt werden, würde dies zu erheblichen Kostensteigerungen beim Kreis führen.

5) Auf Anfrage von **Fraktionsvorsitzendem Dr. Tauscher** (Anlage 9) zur jüngsten Entscheidung des OLG im Rechtsstreit mit der Fa. MDF sagte Landrat Görisch Informationen in der nächsten Werksausschusssitzung zu.

*Anlage 8 der Originalniederschrift:*

*Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*

*Anlage 9 der Niederschrift:*

*Anfrage von Fraktionsvorsitzendem Dr. Tauscher*

Da es sich um die letzte Sitzung in der ablaufenden Wahlperiode handelte, führte **Landrat Görisch** abschließend aus, dass der Landkreis Alzey-Worms in der Wahlperiode 2004/2009 ein gutes Stück vorangekommen sei. Die Infrastruktur im Landkreis Alzey-Worms und die Bedingungen für die Menschen in der Region seien wesentlich verbessert worden. Er dankte den Kreistagsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 18.10 Uhr.

(Görisch)  
Landrat

(Marx)  
Schriftführerin